

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0226) 9 1520-0
Telex: 886546 ppbn d
Telefax: 9 1520-12



Inhalt

Marliese Dobberthien MdB zur Unglücksserie beim Chemiekonzern Hoechst: 8 Störfälle in Serie: Sicherheit industrieller Produktionsanlagen unzureichend.

Seite 1

Liesel Hartenstein MdB zur verpaßten Agrarreform: Dörfer ohne Bauern?

Seite 2

48. Jahrgang / 52

17. März 1993

8 Störfälle in Serie: Sicherheit industrieller Produktionsanlagen unzureichend

Von Dr. Marliese Dobberthien MdB

Die jüngsten Störfälle beim Frankfurter Chemiekonzern Hoechst zeigen, daß die bisherigen Sicherheitsvorkehrungen und ihre Kontrolle nicht ausreichend sind.

Die vorläufige Bilanz des neueren Unglücks am Montag morgen: ein Mensch starb und ein weiterer wurde schwer verletzt, die in der Umgebung lebende Bevölkerung bangt wieder einmal um ihre Gesundheit aufgrund des Austritts des giftigen Gemisches aus Methanol und Vinylacetat. Die Informationspolitik der Hoechst AG war in den letzten Wochen davon gekennzeichnet, zurückhaltend und verhamlosend die Bevölkerung über eventuelle Risiken aufzuklären. Daher ist es nicht verwunderlich, wenn der Verdacht entsteht, erst aufgrund der erhöhten öffentlichen Aufmerksamkeit werden Störfälle publik gemacht. Dies gilt insbesondere für kleinere Unfälle, die wahrscheinlich häufiger auftreten, als öffentlich gemeldet wird.

Bisher war die Chemie-Industrie zur Eigenüberwachung der Sicherheit der Produktionsanlagen berechtigt. Dies birgt jedoch die Gefahr in sich, daß möglicherweise Gesundheits- und Sicherheitsfragen zugunsten eines reibungslosen und kostengünstigen Ablauf der Produktion vernachlässigt werden können. Auch in der Chemie-Industrie müßten daher, ähnlich wie in der Atomindustrie, verbindliche Kontrollen der Sicherheitsvorkehrungen durch unabhängige Gutachter vorgenommen werden. Es reicht nicht aus, wenn unabhängige Stellen und Behörden lediglich die Sicherheitsanalyse des Werkes begutachten ohne selbst die Analysen vornehmen zu können.

Eine weitere Konsequenz aus den Störfällen lenkt den Blick auf die bisher gültigen Sicherheitsvorschriften. Wie der Vorstandsvorsitzende der Hoechst AG, Professor Wolfgang Hilger, selbst erklärte, muß sich Hoechst dem Vorwurf stellen, mit Sicherheitsventilen und dem Auswurf von Produkten über Dach die Gefährdung der Bevölkerung billigend in Kauf genommen zu haben. Hier reicht es nicht, daß Hoechst nun beginnt, selbst Ursachenforschung zu betreiben und mögliche Nachrüstungen ihrer Anlagen ins Auge gefaßt. Darüber hinaus muß der Gesetzgeber tätig werden und die Störfallverordnung mit dem Ziel erweitern, das Risiko von Unfällen aufgrund des Umgangs mit gefährlichen Arbeitsstoffen zu minimieren.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Personlicher Umgang
mit wertvollen Arbeitsstoffen
Recycling-Papier



Denkt man an den Bereich der Gentechnologie zeigen die Chemieunfälle, daß die häufig behauptete Sicherheit von gentechnischen Anlagen unter Umständen - wie im Chemiebereich - fragwürdig ist. Da die Auswirkungen von Unfällen mit gentechnisch manipulierten Organismen auf den Menschen und die Umwelt überhaupt nicht abschätzbar sind, sollten die jüngsten Ereignisse bei Hoechst eine Warnung sein, nicht leichtfertig mit neuen Technologien umzugehen. Die Gesundheit und das Leben von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie von Anwohnern und Anwohnerinnen darf nicht Risiken ausgesetzt werden, die vermeidbar sind.

(-/17. März 1993/ks/ks)

Dörfer ohne Bauern?

Europäische Agrarpolitik am Scheideweg

Von Dr. Liesel Hartenstein MdB

Stellvertretende Vorsitzende des Umweltausschusses

EG-Agrarreform und GATT-Verhandlungen hängen wie ein Damoklesschwert über den europäischen Bauern, auch den deutschen, insbesondere im Süden der Bundesrepublik. Bis zum Jahre 2000 muß jeder zweite Hof dichtmachen, das ist die Prognose des baden-württembergischen Landwirtschaftsministers Weiser; von heute 34.000 Vollerwerbsbetrieben bleiben nur etwa 15.000 Betriebe im Land übrig. EG-weit müssen, wenn der vorgesehene GATT-Kompromiß so in Kraft tritt, 12 Millionen ha stillgelegt werden; das entspricht der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche in der alten Bundesrepublik.

Die Folgen dieser Beschlüsse sind noch kaum diskutiert, vielleicht auch noch kaum durchdacht. Fest steht jedenfalls, daß bei dem zählbaren GATT-Gerangel faustdicke Handelsinteressen der USA obsiegten und daß bei der Agrarreform vom Mai 1992 die pure Finanznot der EG den Griffel führte. Soziale und ökologische Aspekte blieben dagegen in beiden Fällen auf der Strecke.

Selbstverschuldet in der GATT-Klemme

Der frühere Agrarkommissar Mac Sharry hat beklagt, daß 80 Prozent der gesamten für die Landwirtschaft aufgewandten Mittel nur 20 Prozent der Betriebe zugute kämen, und zwar denen, die ohnehin beste Einkommen hätten. Er hat ferner beklagt, daß der Agrarhaushalt der EG - mit 64 Milliarden DM - an einer Schallmauer angelangt sei. Mit dieser Kritik hat er zweifellos recht. Nur: auch die EG-Kommission muß sich fragen lassen, warum sie dem Agrarministerrat der Zwölf nicht früher und kräftiger auf die Zehen getreten ist, sondern die "subventionierte Unvernunft" (wie einer der besten Sachkenner, Prof. Hermann Priebe, dies nennt) viele Jahre lang hat laufen lassen, und warum auch heute noch kein überzeugendes Reformpaket auf dem Tisch liegt. Hätte die EG ein glaubhaftes Agrar-Programm vorgelegt, das die Überschüsse und damit auch die Exportsubventionen konsequent in Stufen abbaut, dann hätte sie in der Uruguay-Runde eine ungleich stärkere Position gehabt. Parallel dazu bedürfte es freilich eines Reformkonzepts, das 3 Ziele verfolgt:

1. mittelfristige Begrenzung der Produktion auf die sichere Versorgung der 340 Mio Verbraucher in der Europäischen Gemeinschaft
2. Existenzsicherung für eine flächendeckende bäuerliche Landwirtschaft von Griechenland bis Irland
3. absoluter Vorrang für Extensivierung, d.h. für umweltgerechte Bewirtschaftungsformen, die eine mit den Gesetzen des Naturhaushalts übereinstimmende Landwirtschaft zum Leitbild haben und Auswüchse der Agroindustrie, insbesondere die Massentierhaltung, abbauen.

- Alle akrobatischen Verkrümmungen hinsichtlich der noch zu duldenden EG-Exportquoten, aller bürokratische und hoch kostenträchtige Aufwand zur Kontrolle der geforderten 15%igen Flächenstilllegungen - all dies wird nicht zum Ziel führen, wenn anstelle der produktionsbegünstigenden Unver-

nunft (!) nicht endlich ein Konzept der Vernunft tritt. Die 92er Agrarreform ist eine große verpaßte Chance.

Sie wird zu einer weiteren Konzentration der Tierhaltung in Küstennähe führen, auf Kosten der Gründlandgebiete und zu einer Konzentration plus Intensivierung des Ackerbaus an günstigen Standorten, auf Kosten der dezentralen flächendeckenden Erzeugung durch bäuerliche Betriebe. Diese Tendenz läuft ökologischen Erfordernissen total zuwider.

Weltmarktpreise sind unreelle Preise

Als Maßstab und unbezweifelbare Richtschnur für alle mit der Weltwirtschaft zusammenhängenden Regelungen gelten die Weltmarktpreise. Auch in der Uruguay-Runde wirken sie als Totschlaginstrument. Als ob die Weltmarktpreise gottgegeben wären! Das Gegenteil ist wahr. Sie kommen, auf dem vielgerühmten niedrigen Niveau, nur zustande, weil soziale und ökologische Belange völlig ausgeklammert werden.

Weltmarktpreise sind unrelle Preise. Das zeigt sich besonders deutlich im Agrarbereich. Warum wird nicht ehrlich darauf hingewiesen, daß die Produktion von Agrargütern in den Entwicklungsländern - denen man angeblich durch Liberalisierung im GATT helfen will! - zum Großteil auf Raubbau an der Natur beruht und daß sie unter ungeheuerlichen sozialen Bedingungen erfolgt? Das gilt für Nahrungsmittel und erst recht für Futtermittel, wie z. B. Soja, Tapioka usw. Es kann nicht erstrebenswert sein, die Hungerlöhne eines Landarbeiters auf den Sojaplantagen Brasiliens oder eines Saisonarbeiters auf den Kaffeefeldern in Uganda zum Maßstab zu nehmen. Und die Frage, wer letztlich die Schäden aus der Abholzung der Tropenwälder bezahlt, auf deren Flächen dann billiger Rindfleisch produziert wird als in europäischen Ställen - diese Frage ist bislang noch unbeantwortet geblieben.

Das behauptete Interesse der Dritte-Welt-Länder am Export von Agrargütern ist bei Lichte besehen oft nichts anderes als der nackte Zwang zur Devisenerwirtschaftung, um die Schuldzinsen bezahlen zu können. Sinnvoll und notwendig wäre es, statt den Export anzuhetzen, die Schuldenkrise der Dritten Welt zu lösen und Maßnahmen einzuleiten, die es den armen Ländern ermöglichen, zuerst einmal ihre eigene Bevölkerung satt zu bekommen.

Mit den Strukturen stirbt die Kulturlandschaft

In der Europäischen Gemeinschaft waren 1960 noch rund 21 Prozent der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft beschäftigt, 1990 nur noch 7 Prozent. Allein in der Bundesrepublik (alt) geben Jahr für Jahr mindestens 20.000 Höfe auf. Der Strukturwandel, der zu Recht mit dem Etikett "Wachsen oder weichen" versehen wurde, hatte in der Vergangenheit ein eindeutiges Ziel in Richtung: Konzentration, Spezialisierung, Intensivierung. Daß dennoch in weiten Gebieten die Strukturen des ländlichen Raumes gewahrt werden konnten, nimmt sich angesichts der betriebenen EG-Agrarpolitik fast wie ein Wunder aus. Es gelang insbesondere da, wo durch ein entsprechendes Arbeitsplatzangebot im gewerblichen und industriellen Bereich die Mischformen des Zuerwerbs- und Nebenerwerbsbetriebs sich herausbildeten.

Wenn allerdings im Gefolge der jüngsten Agrar-Reform etwa in Baden-Württemberg mehr als die Hälfte der Vollerwerbshöfe verschwindet, in anderen Regionen vielleicht ein Drittel, dann brechen diese Strukturen früher oder später zusammen. Der ländliche Raum wird sich radikal verändern; der Zug in die Ballungsräume sich verstärken.

Dörfer ohne Bauern sind nicht nur nicht vorstellbar, sondern sie sind nicht funktionstüchtig. Die Erhaltung der in Jahrhunderten gewachsenen Kulturlandschaft ist ohne Bauern nicht zu gewährleisten. Das betrifft zum Beispiel die deutschen Mittelgebirge, den Schwarzwald, den Odenwald, das Allgäu, den Hunsrück. Ganze Landstriche werden veröden, was zur Folge hat, daß sie auch für den Fremdenverkehr und als Naherholungsgebiete für die Ballungsräume entwertet werden. Wenn die Berghänge nicht mehr gemäht, die Talauen nicht freigehalten, die Bachläufe nicht gepflegt werden und das Wegenetz nicht in Ordnung gehalten wird, dann schwindet nicht nur die Zugänglichkeit einer Landschaft, sondern es gehen auch deren Charakteristika verloren. Aufforstungen, wie sie die EG künftig bezuschussen will, sind kein Ausweg, denn damit wächst die Landschaft zu, das Kleinklima verändert sich, die Attraktivität schwindet.

In anderen EG-Ländern, vor allem in Südeuropa, also in Spanien, Portugal und Griechenland, werden die Auswirkungen noch viel krasser sein. Auch in Frankreich, wo es heute schon zum Beispiel in der Bretagne und in der Provence zahlreiche verlassene Dörfer gibt.

Ist das alles gewollt?

Die Bauern Europas erfüllen mit der Pflege der Landschaft in den vielfältigen Regionen zugleich eine kulturelle und gesellschaftspolitische Aufgabe. Die EG muß entscheiden, ob sie diese "Dienstleistung" künftig noch haben will und was sie ihr wert ist.

Heute arbeiten in der EG noch rund 11 Millionen Menschen in der Landwirtschaft. Gleichzeitig gibt es aber in der Gemeinschaft bereits 16 Millionen Arbeitslose. Es ist zu fragen, ob die Reformmacher auch darüber nachgedacht haben, wo und wie die aus der Landwirtschaft "freizusetzenden" Kräfte wieder untergebracht werden sollen. Bäuerliche Landwirtschaft im traditionellen Sinn ist arbeitsintensiv, Agrarindustrie dagegen ist kapital- und energieintensiv. Solche Wirtschaftsformen sind auch unter dem Gesichtspunkt der Erhaltung der Klimastabilität nicht zukunftsträchtig. Noch bis zum Zweiten Weltkrieg war die deutsche Landwirtschaft nur zu 5 Prozent auf Fremdenergie angewiesen, heute benötigt sie zu 95 Prozent Fremdenergieeinsatz, der Anteil der menschlichen und tierischen Arbeitskraft ist auf rund 5 Prozent gesunken.

Es geht nicht darum, nostalgische Zustände wiederherstellen zu wollen, sondern es geht darum, falsche Trends auf ein ökonomisch und ökologisch verträgliches Maß zurückzuführen. Flächenstilllegungen sind keine Alternative, da sie die Überintensivierung an anderer Stelle nicht bremsen. Außerdem bedürfen auch stillgelegte Flächen der Pflege, gerade auch dann, wenn sie dem Naturschutz zugute kommen sollen.

Versorgung in Krisenzeiten

Wenn von der Doppelaufgabe der Landwirtschaft: Ernährungssicherung und Pflege der Kulturlandschaft die Rede ist, so wird über erstere schon deshalb nicht mehr diskutiert, weil sie sich scheinbar von selbst versteht. Seit 15 Jahren leben wir in einer Epoche der Überschußproduktion, infolgedessen konzentriert sich das Interesse auf die damit entstandenen Probleme. Das Sattwerden, die sichere Versorgung mit gesunden Lebensmitteln erscheint den EG-Europäern dagegen selbstverständlich. Ist es wirklich so selbstverständlich? Spätestens seit der Katastrophe von Tschernobyl im April 1986 müßte eigentlich klargeworden sein, daß der dichtbevölkerte alte Kontinent äußerst verletzlich geworden ist. Monatelang konnten Weidegras, Feldfrüchte und Gemüse aus weiten Gebieten Bayerns nicht verwendet werden, Milch und Milchprodukte durften wegen hoher Verstrahlung nicht auf den Markt. Der Verbraucher hat zwar kaum Nachteile erlitten, aber nur deshalb, weil die Milchversorgung aus anderen Regionen sichergestellt war. Bei zunehmender Konzentration und Spezialisierung der Produktion von Grundnahrungsmitteln wächst jedoch die Krisenanfälligkeit. Wenn zum Beispiel - im Extremfall - 70 oder 80 Prozent der Milchproduktion in der EG in Zukunft auf Irland und England konzentriert wäre, dann hätte ein angenommener Unfall in der Wiederaufbereitungsanlage Sellafield für die Versorgung Europas unabsehbare Folgen. Eine dezentrale Erzeugung in den Regionen bietet immer noch die beste Gewähr, die Nahrungsmittelversorgung auch in Notsituationen sicherzustellen.

Die Erhaltung der regionalen Vielfalt, der Schutz in Katastrophenfällen und ein langfristiges Vorausdenken im Blick auf mögliche Folgen des Treibhauseffekts, der die Klimazonen im nächsten Jahrhundert beträchtlich verschieben wird - dies müssen tragende Pfeiler eines Zukunftskonzepts für die europäische Landwirtschaft sein. Mit der bedenkenlosen Nutzung moderner Technologien einschließlich der Gentechnologie und Agrochemie wird die Natur vergewaltigt. Böden, Wasser und Landschaft erleiden Schaden. Landwirtschaft ist anders. Sie braucht die Versöhnung mit den ökologischen Gegebenheiten und hat die Bewahrung der natürlichen Grundlagen zum Ziel. Plastikspielsachen und Hemden können wir importieren, unsere Lebensgrundlagen aber nicht. Diese einfache Wahrheit muß wieder ins Bewußtsein dringen. Erst dann besteht die Chance, Fehlentscheidungen zu korrigieren.

(-/17. März 1993/ks/ks)
